



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 25. Mai 2023 |

Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

zwei historische Ereignisse haben über die Tagespolitik hinaus diese Woche geprägt: Zum 74. Mal jährt sich der Erlass des Grundgesetzes, das am 23.05.1949 verkündet worden ist. Dieses Ereignis ist unzertrennbar mit dem damaligen Präsidenten des Parlamentarischen Rats, CDU-Gründungsvorsitzenden und erstem Bundeskanzler unserer Geschichte verbunden: Konrad Adenauer. Sein Staatsverständnis war für die Verfassungsgebung der Republik ein wichtiger Einflussfaktor. In seinen Erinnerungen formuliert er u.a.: „Der Staat muss eine auf Recht und Freiheit jeder einzelnen Person beruhende Schicksalsgemeinschaft sein, die die verschiedenen Interessen, Weltanschauungen und Meinungen zusammenfasst.“ Diese Standortbestimmung erweist sich auch und gerade in der heutigen Zeit als zeitlos gültige Postulation.

Und in diesem staatspolitischen Geist von Zusammenführung und Zusammenhalt möchte ich einen zweiten Geburtstag anführen. Wesentlich älter als unsere Verfassung ist deutsche Sozialdemokratie. Dieses besondere Jubiläum der SPD möchte ich besonders würdigen. Ich gratuliere der SPD zum 160. Geburtstag. Insbesondere die Errungenschaften des „sozialdemokratischen Jahrzehnts“,

wie die Regierungsjahre der großen deutschen Bundeskanzler und Sozialdemokraten Willy Brandt und Helmut Schmidt vom Historiker Bernd Faulenbach bezeichnet wurden, wirken noch heute prägend für unsere innere Verfassung und äußere Stellung in der Welt. Unser Parteivorsitzender Friedrich Merz bezeichnete die Sozialdemokraten zum Geburtstagsjubiläum als „unverzichtbaren Streiter für Gerechtigkeit und Demokratie“. Und auch in meinem Wahlkreis sehe ich viele engagierte Kommunalpolitikerinnen und -politiker, die sich durch ihr Engagement um Demokratie und sozialen Ausgleich verdient machen.

Indes muss ich – allein schon im Lichte der bundespolitischen Entwicklung in dieser Woche - auch den Finger in die Wunde legen. Ampel-Koalition: Zerstritten vor laufender Kamera. Heizungsverbotsgesetz: Status unbekannt, dafür Bevölkerung und Wirtschaft verunsichert. Nationale Sicherheitsstrategie: Vertagt. Neue China-Strategie: Nicht existent. Die tagespolitische Bilanz der regierungsführenden SPD: Mangelhaft. Zudem wurde jetzt bekannt: Deutschland befindet sich in einer Rezession. Ich finde: Der Kanzler muss nun Führung zeigen.

Herzlichst, Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe

- Für sozial verträgliche Wärmewende: Heizungspläne stoppen!
- Den Verfassungstag am 23.05. zum nationalen Gedenktag machen.
- Rede zur Minusma-Mission: Ablehnung der Verlängerung des Mali-Einsatzes
- Tatkräftige Unterstützung für mein Büro in dieser Woche

Für sozial verträgliche Wärmewende: Heizungspläne stoppen!

Der Wärmesektor muss zweifelslos dekarbonisiert werden, denn auf das Wärmen und Kühlen von Gebäuden sind ein Großteil der Treibhausgasemissionen zurückzuführen. Klimafreundliches Heizen und eine technologieoffene und sozial verträgliche Wärmewende ist erforderlich, wenn unsere im Klimaschutzgesetz festgelegten Ziele erreichen wollen: Die Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2045. Aber: So wie es die Ampel vorschlägt, funktioniert es nicht. Das Chaos der Ampel schadet der Akzeptanz für den Klimaschutz.

Standpunkt: *Die Wärmewende muss für die Menschen und Handwerksbetriebe mach- und leistbar sein. Wir brauchen echte Technologieoffenheit und wollen dafür die Potentiale aller klimafreundlicher Heizlösungen nutzen. Diese Technologieoffenheit muss von einer transparenten und sozial gestaffelten Förderkulisse flankiert werden. Hier hat die Bundesregierung viel Vertrauen verspielt: Der Entwurf für das Gebäudeenergiegesetz (GEG) wurde ohne Förderkulisse vorgestellt. Förderprogramme wurden im letzten Jahr mehrfach gestoppt, geändert, gekürzt. Erforderlich wäre aber Planungssicherheit für Mieter, Eigentümer, Handwerker und Industrie. Die selbst ernannte „Fortschrittskoalition“ hat für die Wärmewende bislang nur Rückschritte gebracht. •*

Den Verfassungstag am 23.05. zum nationalen Gedenktag machen.

In dieser Woche haben wir einen Leitantrag anlässlich des Tags des Grundgesetzes eingebracht und fordern dessen Aufwertung zum nationalen Gedenktag, der jährlich im öffentlich-feierlichen Rahmen begangen wird. Der anstehende 75. Jubiläumstag des Grundgesetzes im kommenden Jahr ist ein guter Startpunkt, um mit einer gemeinsamen Großveranstaltung aller deutschen Verfassungsorgane eine neue Tradition zu begründen. Im Rahmen dieser Veranstaltung sollte die Bundeskanzlerin bzw. der Bundeskanzler in jedem Jahr eine „Rede zur Lage der Nation“ halten.

Standpunkt: *Das Grundgesetz hat mich schon zu meiner Studienzeit in Mainz fasziniert. Es ist mittlerweile eine globale Referenz für die Realisierung einer demokratischen Verfassungsordnung, die verbindet, zusammenführt und ausgleicht; die dem fortschreitenden Pluralismus der Lebensentwürfe einen zeitlosen Orientierungsrahmen bietet, der gesellschaftlichen Zusammenhalt und individuelle Entfaltung miteinander in Verbindung bringt. Der gegenwärtige Blick nach innen zeigt: Es besteht gerade in Zeiten einer zunehmenden Polarisierung und Fragmentierung unserer Gesellschaft das Erfordernis, diesen Geist unseres Grundgesetzes zum Wohle von Staat und Gesellschaft wieder stärker zu leben. •*

Schnellerer Abzug aus Mali gefordert

Seit 2013 engagiert sich Deutschland auf Ersuchen der damaligen malischen Regierung im Zuge einer UN-Stabilisierungsmission (MINUSMA) mit bis zu 1.400 Soldatinnen und Soldaten vor Ort. Nach anfänglichen Erfolgen sorgt die Veränderung der politischen Situation nun jedoch für die Notwendigkeit eines beschleunigten deutschen Truppenabzugs. Der Abzug anderer EU-Partnerstaaten, die erhöhte Gefährdung für deutsche Soldatinnen und Soldaten sowie die fehlende Kooperationsbereitschaft der neuen malischen Putschisten-Regierung, verhindern die Ausübung des deutschen Mandates und erfordern eine geordnete Beendigung des Engagements noch Ende 2023. Nichtsdestotrotz sind wir uns der Notwendigkeit der Stabilität der Sahel-Region auch in Hinblick auf das deutsche Sicherheitsinteresse bewusst und planen daher einen umfassenden Ansatz bestehend aus diplomatischen Bemühungen und verstärkter Entwicklungszusammenarbeit, um die Instabilität, Armut, Perspektivlosigkeit und den resultierenden Terrorismus zu bekämpfen. Gleichzeitig erachten wir es als wichtig, den russischen Einfluss in der Region weiter einzuschränken und politische und wirtschaftliche Perspektiven, sowie eine gemeinsame Lösung der Klimaproblematik zu bieten.

Ich habe dazu folgende Rede gehalten:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das fand ich schon eine bemerkenswerte Rede: Dass ausgerechnet Die Linke jetzt auf einmal globale Solidarität angreift, ist bemerkenswert. Aber das müssen Sie mit sich selbst ausmachen.

Wir diskutieren heute jedenfalls über die Beendigung des Einsatzes in Mali: Ob im Dezember oder im Mai, das werden wir gleich entscheiden. Aber wir beenden ihn. Deshalb möchte ich voranstellen, dass wir den Soldatinnen und Soldaten, aber auch den Polizistinnen und Polizisten - sie werden gerne mal vergessen -, die dort in den letzten Jahren ihren Dienst geleistet haben, zu unserem Dank verpflichtet sind. Das waren wirklich schwierige Bedingungen. Deshalb: Herzlicher Dank dieses Parlaments für diesen Einsatz.

Ansonsten läuft diese Debatte aber eigentlich so, wie man es erwarten könnte: Linke und AfD erklären uns, dass sie es ja schon immer gesagt haben, und die Koalitionsfraktionen wenden sich alle gegen die Union, die jetzt ihrer staatspolitischen Verantwortung nicht mehr gerecht werde, weil wir hier ernsthaft über die Frage, ob Dezember oder Mai, diskutieren. Ich möchte Sie an dieser Stelle aber daran erinnern, dass diese Diskussion kein parteipolitischer Selbstzweck ist.

Über dem Portal des Reichstags steht „Dem deutschen Volke“, und dem müssen wir erklären, was wir tun und warum wir es tun.

Deshalb möchte ich Sie einladen, in den zwei Minuten, die ich noch habe, mal zu vergessen, ob Sie Koalition oder Opposition sind, und einfach mal drei Themen mitzunehmen, die nicht heute zu entscheiden sind, die wir uns alle aber - zumindest die demokratische Mitte dieses Hauses - in den nächsten Monaten vornehmen müssen.

Das erste Thema ist: Das Auswärtige Amt sagt, was wir alle wissen: Unser Abzug von MINUSMA schwächt dieses Mandat. Und möglicherweise wird es nicht nur geschwächt, sondern es könnte sein, dass diese Schwächung mittelfristig dazu führt, dass das Mandat gar nicht weiterbesteht. Wir steigen aus einer Mission der Vereinten Nationen aus. Dafür gibt es gute Gründe; das ist hier angesprochen worden. Trotzdem treibt es mich um, weil zumindest die Mitte dieses Hauses bisher immer Multilateralismus hochgehalten hat. Darauf brauchen wir eine Antwort.

Das zweite Thema ist: Selbst wenn dieser Abzug von uns nur zu einer Schwächung und nicht zur Beendigung von MINUSMA führen sollte, wird sich die Lage in Mali trotzdem nicht verbessern. Und wir haben natürlich das russische Narrativ, das sagen wird: Seht ihr? Der Westen zieht sich zurück. - Darauf brauchen wir Antworten. Und zur Entwicklungshilfe, die hier angesprochen worden ist: Ich halte es für naiv, zu sagen: Wir ziehen jetzt einfach mal aus

Mali ab, sind aber weiter präsent und glauben, damit dazu beitragen zu können, dass dieses Land sich weiterentwickelt. - Das ist doch nicht realistisch. Wir brauchen hier eine gemeinsame Antwort.

Die müssen wir gemeinsam entwickeln. Das ist ja unser Angebot.

Und der dritte Punkt: MINUSMA ist jetzt nach Afghanistan innerhalb kürzester Zeit der zweite Einsatz, bei dem wir unser strategisches Ziel nicht erreicht haben, wenn wir abziehen.

Anders als die AfD stehen wir als Union aber grundsätzlich weiter zu Auslandsmandaten. Trotzdem muss die demokratische Mitte dieses Hauses einmal die Frage beantworten: Wie gehen wir mit dieser Erkenntnis um? Was bedeutet das für die Einsätze der Zukunft, auch für das Mandat in Niger, dem wir zugestimmt haben, obwohl wir, ehrlich gesagt, auch nach zwei-stündiger Beratung nur eingeschränkt nachvollziehen können, um was es dort eigentlich ging? Also, ein Konzept, wie es hier die ganze Zeit betont wird, war nun wirklich beim besten Willen nicht zu erkennen. Wir bekennen uns aber zu der Verantwortung im Niger, in der Sahelregion. Deshalb haben wir das mitgetragen.

Ich glaube, dass wir zu diesen drei Themen insgesamt eine Antwort finden müssen.

Das sind wir dem deutschen Volke schuldig, das sind wir unseren Soldatinnen und Soldaten schuldig, und das sind wir letztlich auch uns selbst schuldig. Vielen Dank. •

Tatkräftige Unterstützung für mein Büro in dieser Woche

Auch in dieser Woche hatten mein Berliner Büro und ich wieder tatkräftige Unterstützung aus dem Taunus. Justus Schellenberg aus Friedrichsdorf konnte einen spannenden Einblick in den politischen Betrieb unserer Hauptstadt gewinnen und hat sich insbesondere in der Vorbereitung meiner Rede einbringen können.

Vielen Dank für Deinen Support, lieber Justus, und viel Erfolg bei den letzten Abprüfungen! •



Die gute Nachricht der Woche: Rekord bei Installationen neuer Solaranlagen.

Aus einer Untersuchung des Berliner Start-ups Enpal gehen erfreuliche Zahlen hinsichtlich des gesellschaftlichen Beitrags zur Energiewende hervor: Mehr als 60.000 Fotovoltaikanlagen wurden im Januar neu installiert. Das ist ein neuer Monatsrekord und zugleich eine Verdreifachung im Vergleich zum Vorjahr. Im Februar kamen noch einmal etwa 46.700 Einheiten hinzu. Damit wurde in den ersten beiden Monaten von 2023 bereits knapp ein Drittel der gesamten Neuinstallationen des Vorjahres erzielt. Um unsere Klimaziele für 2030 zu erreichen, muss allerdings diese positive Dynamik noch weiter verstärkt und unterstützt werden. •